

5
78

Union in Deutschland

Bonn, den 2. Februar 1978

Leber muß jetzt gehen

Herr Bundesminister Leber, Sie waren immer ein Mann der Pflichterfüllung. Tun Sie jetzt Ihre Pflicht. Treten Sie zurück! Das ist der beste Dienst, den Sie der Bundeswehr erweisen können. — Mit dieser Aufforderung schloß Helmut Kohl im Deutschen Bundestag seine Antwort auf den vorangegangenen kläglichsten, unerträglichen Versuch Lebers, die Vorgänge im Verteidigungsministerium zu rechtfertigen.

Die anschließend als Hilfe gedachten Reden des Bundeskanzlers und der Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP glichen mehr Nachrufen. Lediglich der Zeitpunkt, an dem Leber die Hardthöhe räumen muß, scheint noch umstritten zu sein. Daß er abzutreten hat, ist offensichtlich ausgemachte Sache.

Je eher Leber zurücktritt, je besser für die Bundeswehr. Die jüngsten Vorgänge haben gezeigt: Dieser Minister ist nicht mehr Herr im eigenen Haus und nach seiner parlamentarischen Selbstdarstellung — besser: Selbstdemontage — auch offensichtlich nicht mehr Herr seiner eigenen Gedankenführung. Amtsautorität und Personalautorität aber sind die unabdingbare Voraussetzung für dieses wichtige Amt, nach innen wie nach außen. Über beides verfügt Leber nicht mehr.

■ HAUSHALT

Gute Gründe gegen schlechte Politik — Unter dieser Überschrift bringt der UID eine Zusammenfassung über die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag Seite 3 bis 8

■ CDU HESSEN

Auf dem 45. Parteitag in Fulda wurde Alfred Dregger mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt Seite 11

■ BILDUNGSPOLITIK

Die Bundesregierung versucht eigene Fehler auf die Länder abzuwälzen Seite 13

■ ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Die Bundesgeschäftsstelle bietet acht neugestaltete Argumentationskarten an.

Seiten 14 und 15

■ ORGANISATION

Aufgabenteilung im Kreisverband, Aufgabenteilung im Stadt- und Gemeindevorstand gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Abstieg und Armut — Begleiter der Arbeitslosigkeit. Eine Studie des Arbeits- und Sozialministeriums in Mainz grüner Teil

■ INFORMATION

Geißler: Kampf für Menschenrechte weltweit führen

Für einen weltweiten Kampf um die Sicherung der Menschenrechte hat sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ausgesprochen. Auf einer Tagung des Politischen Ausschusses der Weltunion Christlicher Demokraten unterstrich Geißler in Caracas (Venezuela), die Menschenrechte seien unteilbar. Sie müßten sich letztlich auch in der Gesellschaftspolitik verwirklichen, wo es darauf ankomme, die Lebensbedingungen zum Beispiel der Frauen und Kinder zu verbessern. Geißler überreichte bei dieser Gelegenheit dem Präsidenten der Weltunion, Mariano Rumor, die Dokumentation der Union über Menschenrechtsverletzungen kommunistischer Mächte an deutschen Bürgern.

Eines der Hauptthemen der Weltunion in der venezolanischen Hauptstadt ist die Erneuerung der Demokratie in Lateinamerika. Der Chilene Genaro Arriagada sagte, es gehe nicht nur darum, das Pinochet-Regime zu stürzen, ebenso groß sei die Aufgabe, danach eine stabile demokratische Ordnung zu schaffen. Der Vizepräsident der Weltunion, Kai-Uwe von Hassel, übte scharfe Kritik an Pinochet. Dieser denke überhaupt nicht daran, die politischen Parteien wieder zuzulassen.

Von Hassel und Geißler warnten auf der Tagung vor einer Zusammenarbeit zwischen Christlichen Demokraten und Sozialisten im internationalen Bereich.

Geißler sagte, internationaler Sozialismus könne prinzipiell nie der Verbündete der Christlichen Demokraten sein.

Weißbuch über Verstöße gegen Marktwirtschaft

Ein „Weißbuch“ über Verstöße gegen die „Soziale Marktwirtschaft“ will die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V. (ASM) Heidelberg, künftig in jedem Frühjahr herausgeben. In dem Weißbuch sollen nicht nur „Schwächen und Sünden wider die Marktwirtschaft“ dokumentiert werden, sondern auch Vorschläge zur Erhaltung der Marktwirtschaft enthalten sein. Das erste „Weißbuch“ soll in wenigen Monaten erscheinen. Die Aktionsgemeinschaft bezeichnete anlässlich ihres 25jährigen Bestehens den Sozialismus als „unsozial und spannungsfördernd“.

CDU-Politiker beraten mit Kriminalbeamten

Zu einem gemeinsamen Gespräch über Probleme der inneren Sicherheit trafen sich in Bonn Vertreter des Bundesvorstandes der CDU unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Alfred Dregger, und eine Delegation des Bundes Deutscher Kriminalbeamter unter Leitung des Bundesvorsitzenden, Ingo Herrmann. Zur Verbesserung der polizeilichen, insbesondere der kriminalpolizeilichen Tätigkeit ist es nach Auffassung der CDU und des BDK notwendig, das Polizeirecht sobald wie möglich zu vereinheitlichen. Der Bundestag und die Länderparlamente wurden aufgefordert, den Musterentwurf der Innenministerkonferenz für ein einheitliches Polizeirecht ohne Abstriche an den polizeilichen Eingriffsbefugnissen sobald wie möglich zu verabschieden.

■ BUNDESHAUSHALT 1978

Gute Gründe gegen schlechte Politik

Vier Tage lang hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche den Bundeshaushalt 1978 in 2. und 3. Lesung diskutiert und schließlich gegen die Stimmen der Union verabschiedet. Nachfolgend hat die Bundestagsfraktion die Gründe zusammengefaßt, mit denen ihre Sprecher während der Debatte die Einzelhaushalte abgelehnt haben (vergleiche auch UId 4/78, S. 7 und 8).

Auswärtiges Amt

Die Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland hat es bisher nicht vermocht, absolut falsche Klischeevorstellungen im Ausland nicht entstehen zu lassen oder wenigstens im nachhinein zu korrigieren. Das betrifft Begriffe wie Berufsverbot, Todesschuß, Isolationsfolter, Wiedergeburt des Faschismus. Geradezu unverständlich ist, daß die Unkenntnis über die Lage des geteilten Vaterlandes in der Mitte Europas immer weiter um sich greift.

Es mangelt der Bundesregierung weiterhin an konkreten, klaren Aussagen zu den anstehenden Problemen der Weltpolitik, den Ost-West-Beziehungen, zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland, zu den Perspektiven einer Europapolitik, zur Krise im Mittelmeerraum und zu den Forderungen und Problemen der Dritten Welt. Das Ergebnis der Konzeptlosigkeit ist die Hilflosigkeit, mit der die Bundesregierung den anstehenden politischen Fragen begegnet. Die jüngste Entwicklung in den

Ost-West-Beziehungen ist ein Beispiel, wie die politische Wirklichkeit über die politischen Vorstellungen der Bundesregierung hinweggegangen ist.

Bundesministerium der Finanzen

Die seit Jahren anhaltend hohe Neuverschuldung des Bundes erreicht 1978 mit fast 31 Mrd. DM einen neuen Nachkriegsrekord. Seit 1975 überschreitet sie schon zum drittenmal deutlich die Summe der Investitionen und damit die Verschuldungsobergrenze nach Art. 115 des Grundgesetzes. Das ist „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes“ nur für Ausnahmefälle zulässig. Aber die Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe, die das Gleichgewicht stört, hält schon im fünften Jahr an und wird noch nach den Annahmen, von denen die Regierungsexperten bei der Berechnung der künftigen Rentenfinanzen ausgehen, mindestens noch bis 1981 anhalten. Sie ist deshalb — leider — als Folge der Infla-

tionspolitik der Bundesregierung keine Ausnahme mehr und kann nicht zum dritten, vierten oder noch mehr Male als Rechtfertigung für die Überschreitung der Verschuldungsobergrenze des Grundgesetzes herangezogen werden.

Deshalb ist diese Verschuldung im Haushalt 1978 verfassungswidrig. Als CDU und CSU noch den Kanzler stellten — also von 1949 bis 1969 — wurden 14 Mrd. DM an neuen Schulden aufgenommen, d. h., daß nun in einem halben Jahr mehr Schulden aufgenommen werden, als in 20 Jahren Regierungszeit unter Kanzlern der Union. Allein für Zinsen müssen nach dem Finanzplan der Bundesregierung 1981 schon 8,8 % der von unseren Bürgern entrichteten Steuern, also von jeder Steuermark fast 10 Pfennig, aufgebracht werden — 1973 waren es nur 2,9 %.

Selbst wenn die Bundesregierung weiter Jahr für Jahr 31 Mrd. DM Schulden macht, werden spätestens Ende der 80er Jahre die Ausgaben für Zinsen höher als die Einnahmen aus den Krediten sein. Dafür muß endlich, wie es die CDU/CSU fordert, gespart werden. Daran führt kein Weg vorbei. Denn wir haben nicht zu wenig Einnahmen, sondern zu hohe Ausgaben.

Bundesministerium für Wirtschaft

Die Steigerung des Wirtschaftshaushaltes 1978 bringt keine Wende der Investitionspolitik und enttäuscht die Hoffnung auf eine stetige Konjunkturpolitik. Die Steigerung entspricht lediglich dem Sanierungsbedarf einer verfehlten Wirtschafts-, Konjunktur- und Finanzpolitik. Der propagandistisch aufgemachten Aufstockung der Mittel im Jahre 1978 folgt eine Reduzierung im Jahre 1979 um 12,4 %, ein Rückgang von 2,5 % im

Jahre 1980 und ein weiterer Rückgang um 3,7 % im Jahre 1981.

Die CDU/CSU hatte immer darauf hingewiesen, daß die von der Bundesregierung vorgelegten Konjunkturprogramme lediglich Stroheffekte erzielen können, solange die Rahmenbedingungen der Wirtschaft nicht verbessert werden. Die öffentlichen Haushalte haben aufgrund des Rückgangs ihrer investiven Ausgaben nur einen unzulänglichen Beitrag zur Konjunkturbelebung geleistet.

Die Konzentrierte Aktion ist gescheitert. Die Gewerkschaften ließen die Konzentrierte Aktion platzen, wobei die Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber nur ein Vorwand ist. Wenn Bundesfinanzminister Apel sagt, das könne allein der Kanzler in Ordnung bringen, so ist das eine schallende Ohrfeige für den FDP-Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Er wird sich auf seinen Erfolgen von Kiel nicht ausruhen können. Die Gegner der Sozialen Marktwirtschaft sitzen in der eigenen Koalition.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den Einzelplan 10 ab, weil

— sich die Ertragslage der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1976/77 und im laufenden Wirtschaftsjahr nicht nur dürrebedingt, sondern aufgrund der wesentlich verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich zurückentwickelt hat;

— die Preis-Kosten-Verhältnisse für die deutsche Landwirtschaft insgesamt nach wie vor ungünstig sind auch aufgrund der administrativen Agrarpreisfestsetzungen;

— der agrarische Strukturwandel nahezu zum Erliegen gekommen ist und damit der Agrarwirtschaft der wichtigste Motor ihres Produktivitätsfortschritts ausgefallen ist;

— die Bundesregierung und SPD und FDP sich beharrlich weigern, der Einführung einer Hinterbliebenenrente für Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer zuzustimmen, obwohl die notwendigen Bundesmittel bereitstehen;

— die Bundesregierung und SPD und FDP ein zwischen dem Bundesernährungsminister und den Länderagrarnministern bereits vereinbartes Agrarkreditprogramm zugunsten kleiner landwirtschaftlicher Betriebe verhindert haben.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Der Einzelplan 11 ist mit 43,1 Mrd. DM der größte Einzelhaushalt. Sein Anteil beläuft sich auf 22,8 % des Gesamthaushalts in Höhe von 188,6 Mrd. DM. Der Einzelplan des Bundesarbeitsministers ist aber nicht nur der größte der Einzelhaushalte, sondern er weist mit 4,7 Mrd. DM rein summenmäßig auch die größte Steigerung gegenüber dem Vorjahr aus.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den Einzelplan 11 ab, weil sie die Prioritätensetzung der Bundesregierung hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen nicht teilt und sich mit ihrer Politik nicht identifizieren will. Die Zustimmung oder Ablehnung eines Haushaltsplans drückt in der Regel die Zustimmung oder Ablehnung der Politik des jeweiligen Ministers aus. Die bagatellisierende Rentenpolitik und wenig erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik des Bundesarbeitsministers kann die CDU/CSU nicht mittragen.

Bundesministerium der Verteidigung

Es ist kein Geheimnis, daß die Unionsparteien lange Zeit über ihren Schatten gesprungen sind und dem Verteidigungsetat zugestimmt haben — schon um zu dokumentieren, daß sie die Lasten, die der militärische Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit unserem Land abverlangt, mitverantworten und mittragen wollen. An dieser Einstellung hat sich nichts geändert. Dieses muß deshalb gesagt werden, um eine Legendenbildung, wie sie in den Reihen der Koalition betrieben wird, erst gar nicht aufkommen zu lassen. Wer daher behauptet, das Nein der CDU/CSU richte sich auch gegen die Bundeswehr — auch gegen die Soldaten, der sagt die Unwahrheit.

Die CDU/CSU-Fraktion hält angesichts der über das zur Verteidigung notwendige Maß weit hinausgehenden permanenten Aufrüstung der Mächte des Warschauer Paktes die Stärkung der konventionellen Abwehrkraft der Bundeswehr für zwingend geboten. Sie fordert darüber hinaus eine erhöhte Abwehrbereitschaft und eine verbesserte Reaktionsfähigkeit der Bundeswehr. Sie hält das Zusammenspiel der NATO-Partner im strategisch-nuklearen Bereich für lebensnotwendig. Zur Politik der Bundesregierung — vor allem auch zur Politik dieses Verteidigungsministers — sagt die Union jedoch: nein!

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Den Einzelplan 15 lehnt die CDU/CSU-Fraktion u. a. ab, weil sie sich mit dieser Politik der Bundesregierung nicht identifiziert. Dies gilt für die Politik der zuständigen Ministerin Frau Huber, die

besonders in der Familienpolitik keine ausreichende Bereitschaft zeigt, sich für den Abbau der sozialen Deklassierung der Mehrkinderfamilien einzusetzen und u. a. Konsequenzen aus dem langfristig für unser Volk bedrohlichen Geburtenrückgang zu ziehen. Sie hat außerdem einen Entwurf eines Jugendhilfegesetzes vorgelegt, der teilweise die Gefahr beinhaltet, daß Maßnahmen der Jugendhilfe an den Familien vorbei zum Zuge kommen.

Die Ablehnung dieses Einzelplanes ist aber auch Quittung für das familien-, jugend- und gesundheitspolitische Versagen des gesamten Bundeskabinetts und u. a. die Unfähigkeit, in angemessener Zeit sachgerechte Konsequenzen aus die Familien betreffenden Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen und in der Krankenhausfinanzierung ein tragfähiges Konzept vorzulegen.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Folgende Gründe waren für die Ablehnung des Einzelplans 23 maßgebend: Es fehlt an einer klaren entwicklungspolitischen Konzeption, die übereinstimmt mit den von der Bundesregierung geäußerten außenpolitischen Grundsätzen. Bezeichnend für das mangelnde Konzept und die fehlende Zusammenarbeit ist der Vertrag über den Kredit von 25 Mio. DM an Somalia. Die Bundesregierung gerät durch ihren ständigen Streit untereinander in immer größere Unglaubwürdigkeit gegenüber Versprechungen für die Dritte und Vierte Welt.

SPD und FDP haben sich zur Unterstützung von Freiheitsbewegungen, die mit kriegerischen Mitteln operieren, be-

kannt. Sie versuchen es fortwährend, die Kräfte zu behindern, die mit friedlichen Mitteln den Wandel in Südafrika herbeiführen wollen.

In der Rohstoffpolitik hat sich die Koalition auf planerisch dirigistische Vorstellungen festgefahren.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums mit der viel gepriesenen Anzeigenkampagne wirkt wie eine Schockbehandlung auf unsere Bürger. Sie zerstört weiterhin das minimale Vertrauen unserer Bürger in die Entwicklungspolitik.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Haushaltssteigerungen im Geschäftsbereich des Wohnungsbauministers, der dem Diktat seiner Partei gehorchend nach neuen Ufern Ausschau halten muß, können nicht als Erfolg gewertet werden. Die Weiterführung der von der CDU/CSU schon vor einem Jahr geforderten mittelfristigen Finanzplanung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der Bundesregierung auch weiterhin an einem funktionalen Gesamtkonzept für den Wohnungsbau mangelt.

Zur langfristigen Deckung des künftigen Wohnungsbedarfs müssen die Hemmnisse für private Investitionen im freifinanzierten Mietwohnungsbau abgebaut werden, zumal dem sozialen Wohnungsbau in Anbetracht der knappen öffentlichen Mittel enge Grenzen gezogen sind.

Die von uns vorgeschlagene Auflockerung der Bindungsfristen stellt zugleich einen Beitrag dazu dar, die Wohnungswirtschaft bis auf einen für Problemgruppen benötigten Mindestbestand unter gezielter individueller Absicherung

der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in die Soziale Marktwirtschaft einzubinden. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf einzubringen mit dem Ziel, die sozial unberechtigten Mietpreisverzerrungen im sozialen Wohnungsbau zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, daß Sozialmieten zu Preisführern am Wohnungsmarkt werden.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Dem Haushalt des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen konnte die Union auch in diesem Jahr nicht zustimmen. Die Gründe dafür liegen in der gescheiterten Deutschlandpolitik der Bundesregierung, in der unzulänglichen Führung des Ressorts durch Minister Franke, die sogar schon vom Bundesrechnungshof gerügt werden mußte, sowie in der politischen Haltung, die der Minister selbst an den Tag legte, so unter anderem in seinen wiederholten unklugen und schädlichen Äußerungen zur Aufrechterhaltung der einen deutschen Staatsangehörigkeit. Vornehmlich jedoch die Deutschlandpolitik der Bundesregierung selbst ist es, die im Mittelpunkt der Kritik steht. Auch an den eigenen Maßstäben der SPD/FDP-Koalition gemessen ist sie gescheitert.

Bundesministerium für Forschung und Technologie

Der energiepolitische Kurs von Forschungsminister Matthöfer im vergangenen Jahr war gekennzeichnet von Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten. Um Schwierigkeiten mit seiner Parteibasis zu umgehen, schwankte er nach dem Motto „Taktik ist Trumpf“ zwischen Regierungsamt und Parteiräson und trug damit viel zur energiepoliti-

schen Verunsicherung der Bevölkerung bei. In der Frage einer stärkeren indirekten (steuerlichen) staatlichen Forschungsförderung bröckelt Matthöfers ideologisch motivierte Ablehnungsfront unter dem Druck der besseren Argumente.

Wir fordern über den Rahmen der Regierungsvorlage hinaus eine Anhebung der Zulage für Forschungsinvestitionen auf 25% sowie eine an den Forschungspersonalkosten orientierte steuerliche Förderung. Der Grundfehler der Forschungspolitik dieser Regierung ist die fehlende Kontinuität. Die Großforschungseinrichtungen mit über 15 000 Mitarbeitern haben ein Anrecht auf politische Unterstützung ihrer Arbeit. Die CDU/CSU sagt diese Unterstützung zu, während die Regierung die Zentren vernachlässigt.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

1969 sollten Bildung und Forschung noch an der Spitze der Reformen stehen (Brandt). Heute sind Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und arbeitslose Hochschulabsolventen Schlaglichter der Situation der Jugendlichen. Nicht der Kulturföderalismus ist schuld, wie jetzt behauptet wird, die Bundesregierung versagt auf ihrem Feld

- bei der finanziellen Absicherung der Bildungspolitik
- im Bereich der beruflichen Bildung
- bei der Reform der Berufs- und Laufbahnstrukturen
- bei der Schaffung von Alternativen zum Hochschulstudium
- bei der Ausbildungs- und Graduiertenförderung
- bei der Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystemen.

Da künftig 65 % der Hochschulabsolventen keine Chance auf einen Beruf haben, der herkömmlich ihren Erwartungen entspricht, müssen verstärkt Alternativen zum Hochschulstudium entwickelt werden. Hierbei kommt der beruflichen Bildung besondere Bedeutung zu.

Bundesministerium für Verkehr

Der Verkehrshaushalt des Bundes ist der drittgrößte Etat. Die Brisanz dieses Verkehrshaushalts liegt darin, daß er eines der schwerwiegendsten Haushaltsrisiken des Bundeshaushalts überhaupt enthält, die Deutsche Bundesbahn. Die Bundesregierung und die sie tragende SPD/FDP-Koalition haben seit ihrem Bestehen entweder ihre Verkehrs- und Bundesbahnpolitik und deren Ergebnisse völlig falsch eingeschätzt oder sie haben bewußt — Jahr für Jahr — mittelfristige Finanzplanungen vorgelegt, die, was die Ansätze für die Bundesleistungen an die Deutsche Bundesbahn betraf, ihr Papier nicht wert waren. Sieben Finanzplanungen hat die Bundesregierung mittlerweile seit ihrem Bestehen vorgelegt. Was die für das jeweilige Endjahr vorausgeschätzten Zuschußleistungen an die Deutsche Bundesbahn betrifft, so klappte mit penetranter Regelmäßigkeit eine Lücke von 30 % und mehr zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Eine solche Politik ist von der CDU/CSU in allen Jahren seit 1970 entschieden abgelehnt worden.

Bundesministerium der Justiz

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt den Justizhaushalt ab, weil der Bundesminister der Justiz nicht in der Lage ist, den notwendigen Beitrag auf justizpolitischem Gebiet für die Bekämpfung des

Terrorismus zu leisten. Zwar hat die CDU/CSU immer wieder betont, daß der Terrorismus nicht allein mit Gesetzen bekämpft werden kann. Andererseits steht fest, daß zur wirksamen Bekämpfung des Terrorismus auch Gesetze erforderlich sind.

Bei den jüngsten Terroranschlägen haben sich viele gesetzliche Lücken ergeben, die die Fahndung nach den Tätern und die Auffindung des Opfers erschwert haben. Gesetze fehlten, um die Verschwörung zwischen inhaftierten Terroristen und ihren Verteidigern zu verhindern. Alles dies ist dem Bundesjustizminister seit Jahren bekannt. Verschiedentlich ist er schon von der Justizministerkonferenz aufgefordert worden, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Entweder ist der Bundesminister der Justiz untätig geblieben oder er hat zwar entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt, sie aber in den Koalitionsfraktionen nicht vertreten, sondern bei den ersten Widerständen fallenlassen.

Bundesministerium des Innern

Den Haushalt des Bundesinnenministers lehnen wir ab, weil dieser Minister innerhalb der Bundesregierung die Allein- oder Mit-Verantwortung u. a. trägt — für das Unvermögen der Regierung, in ihren eigenen Fraktionen die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Wiedergewinnung der inneren Sicherheit durchzusetzen;

— im Gegensatz dazu für die Überlastung von Bürgern, Verwaltung und Wirtschaft immer mehr, immer komplizierteren Gesetzen und Verordnungen auf vielen Gebieten, die stärker der eigenen Vernunft und Initiative der Betroffenen überlassen bleiben sollten;

— für die Gefährdung der Integrität unseres öffentlichen Dienstes durch Parteipolitisation von oben.

■ KOALITION

Hamburger SPD-Affäre spitzt sich weiter zu

Die durch die Affäre um die Stadtillustrierte „Hallo Hamburg“ ausgelöste Krise in der SPD/FDP-Rathauskoalition spitzt sich dramatisch zu. Versuche beider Seiten, den Riß zu kitten, sind am vergangenen Freitag gescheitert. Innerhalb weniger Stunden brach der Streit erneut aus, diesmal in einer Schärfe, die es seit Jahren in der Hansestadt nicht gegeben hat. Bisheriger Höhepunkt der Auseinandersetzung ist die öffentliche Behauptung der SPD, die FDP wollte dem Ersten Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) eine Falle stellen, ihn in einen „Hinterhalt“ locken.

Überraschend hat der Landesvorsitzende der Hamburger SPD Paulig mitgeteilt, daß seine Partei die Stadt-Illustrierte „Hallo Hamburg“ durch ein Darlehen von 30 000 Mark unterstützt habe. Ein solcher Darlehensbetrag taucht mit den Angaben „langfristig, niedrig verzinst“ in dem ominösen Aktenvermerk auf, wegen dessen Vernichtung der langjährige Senatspressechef Vogel (SPD) beurlaubt worden ist. Die CDU hatte wegen angeblicher Einwirkung des Senats auf die unabhängige Presse die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses durchgesetzt. Dabei war es bisher nur um Anzeigenaufträge gegangen, die Vogel bei staatlichen Unternehmen für die wirtschaftlich schwächliche Stadt-Illustrierte geworben hatte. Das jetzige Eingeständnis der Zuwendung von 30 000 Mark auf dem Leihwege aus der sozialdemokratischen Parteikasse bedeutet eine weite-

re Niederlage der SPD. Gleichzeitig ist bekanntgeworden, daß der stellvertretende Pressechef Jochimsen (FDP) vor dem mit der Überprüfung beauftragten Staatsrat zugegeben hat, von der ominösen Aktennotiz seines Vorgesetzten Vogel eine Fotokopie für seine Handakte angefertigt zu haben.

Mit ungewöhnlich scharfer Kritik an der Rolle des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose als Vermittler im Tarifkonflikt zwischen der ÖTV und der deutschen Seehafenbetriebe hat sich am Dienstag der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, zu Wort gemeldet. Im Pressedienst der FDP-Bundestagsfraktion schrieb der Haushaltsexperte: Der vorläufige Tarifabschluß bei sieben Prozent habe die vertretbare Grenze nicht nur weit überschritten, sondern könne nur als Ermunterung für nachfolgende Tarifverhandlungen mit ähnlich vernunftswidrigen Ergebnissen verstanden werden.

SPD-MdB schadet der Demokratie

Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Gesamthochschule Paderborn kandidieren auf einer gemeinsamen Liste die JuSo-Hochschulgruppe, der kommunistische MSB-Spartakus und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. In einem offenen Brief vom 18. Januar 1978 unterstützt MdB Thüsing (SPD) den Wahlkampf der JuSo-Hochschulgruppe. Dazu erklärt der Abgeordnete Rainer Barzel: Was beim Antiterrorgesetz sichtbar wurde, setzt sich nun fort: Herr Thüsing offenbart seine Gesinnung, indem er eine Politik unterstützt, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richtet. Diese ist das kostbarste Gut unse-

rer geschichtlichen Erfahrung. Damit vertritt Herr Thüsing nicht die Interessen der Wähler. Statt den Nutzen der Demokratie zu mehren, wie es die Pflicht eines Abgeordneten ist, mindert er diesen und schadet unserem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat.

Welle von Protesten gegen Kühn

In NRW gibt es eine Welle von Protesten gegen Behinderungen des von der Regierung auf die Zeit vom 16. Februar bis zum 1. März angesetzten Volksbegehrens gegen die Koop-Schule. Die Organisation der Eltern und Lehrer behaupten, vor allem in sozialdemokratisch regierten Großstädten würden viel zu wenige Eintragungsstellen eingerichtet, die Öffnungszeiten seien zu knapp bemessen. Wählerverzeichnisse würden nicht herausgegeben und die Zahl der eingesetzten Beamten sei zu gering (s. UiD Nr. 4). Der westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf hat der Regierung Kühn angedroht, die Rechte der Bürger durch Antrag auf einstweilige Anordnung beim Verfassungsgerichtshof des Landes wiederherstellen zu lassen.

FDP-Linke spalten sich ab

Neun Mitglieder des FDP-Kreisverbandes Braunschweig haben ihren Parteaustritt erklärt und sich zu einem „liberalen Gesprächskreis“ der „demokratischen Linken“ zusammengeschlossen. Zur Begründung gaben die Liberalen, unter ihnen ein Kreisvorstandsmitglied, u. a. an, die Koalition der niedersächsischen FDP mit der „konservativen bis reaktionären CDU um Albrecht und Hasselmann“ zeige, daß die niedersächsische FDP und besonders ihre Führungsspitze „Wählerbetrug und Aufgabe eigener Positionen“ in Kauf näh-

me, nur um Ministersessel besetzen zu können.

Genossen dürfen Koop-Gegner sein

Die nordrhein-westfälische SPD will entgegen den Forderungen an der Parteibasis nicht gegen jene Sozialdemokraten vorgehen, die das Volksbegehren gegen die kooperative Schule unterstützen. Der Philologen-Verband hatte kürzlich mitgeteilt, daß von den rund 400 Ortskomitees zur Vorbereitung des gegen die „Koop-Schule“ gerichteten Volksbegehrens etwa 40 von einem SPD-Mitglied geleitet seien.

FDP-Ratlosigkeit in Stuttgart

Der Vorstand des Stuttgarter FDP-Kreisverbands, des potentesten in dem mit 9000 Mitgliedern zweitstärksten Landesverbandes der Freien Demokraten, pocht ungeduldig auf den vorzeitigen Rücktritt des Vorsitzenden Martin Bangemann und aller seiner Vorstandskollegen. Die FDP im „Stammland der Liberalen“, nach dem Krieg durch Männer wie Theodor Heuss, Reinhold Maier und Wolfgang Haußmann Blutspender der Bundespartei, leidet an galoppierender Auszehrung. Von 18 Prozent Stimmanteil bei der ersten Landtagswahl fiel sie auf 7,8 Prozent zurück. Monatelang starnte die Partei auf die Frage: Soll man sich für eine Koalition mit SPD und CDU offenhalten oder aufs neue festlegen auf das Bonner Modell? Seit Bangemann, gegen seinen Willen vom Konstanzer Parteitag auf die SPD-Bindung festgelegt, landesmüde wurde und seine Aktivitäten nach Europa verschob, gähnte in Stuttgart das große Loch.

■ CDU HESSEN

Nach 33 Jahren SPD-Regierung ist die Zeit reif für eine Wende

Auf dem 45. Parteitag der hessischen CDU in Fulda standen die Zeichen ganz auf Sieg. Für den Landesvorsitzenden Alfred Dregger, der dieses Amt seit zehn Jahren ausübt, gab es einen überwältigenden Vertrauensbeweis. Mit 480 von 488 abgegebenen Stimmen wurde er erneut zum Landesvorsitzenden gewählt.

In den weiteren Wahlgängen erhielten Frankfurts neuer Oberbürgermeister Walter Wallmann 484 Stimmen (von 506 abgegebenen), Fraktionsvorsitzender Gottfried Milde, der für den auf eine Wiederwahl verzichtenden Landtagspräsidenten Hans Wagner in das Präsidium gewählt wurde, 464 Stimmen, Otto Zink (Vorsitzender der hessischen Sozialausschüsse) 460, Christian Schwarzschilding (Generalsekretär) 434 und Johanna Walz 396 Ja-Stimmen. Schatzmeister bleibt Prinz Wittgenstein (460). Die alten und neuen Präsidialmitglieder heißen Richard Westernacher (463) und Heinz Riesenhuber (402).

Mit Alfred Dregger an der Spitze ist die hessische CDU bestens gerüstet, die Regierungsverantwortung nach den Landtagswahlen im Oktober zu übernehmen. Nach 33jähriger SPD-Herrschaft in Hessen zeigt das Regierungslager derartige Zeichen der Verbrauchtheit, Einfallslosigkeit, innerer Zerrissenheit und personeller Konzeptlosigkeit, daß — so stellte Landesgeschäfts-

führer Manfred Kanther fest — alle „die es gut mit der hessischen SPD meinen, ihr eine Oppositionspause verordnen müssen“.

In seiner immer wieder mit großem Beifall bedachten Rede setzte sich Alfred Dregger besonders mit der FDP auseinander. „Was wäre der SPD und dem Land Hessen an Skandalen, an finanziellen Einbußen, an unfähiger und ideologisch fixierter Politik erspart geblieben, wenn die FDP 1970 und 1974 den Wechsel nicht blockiert hätte“, sagte Alfred Dregger.

Erneut machte er der FDP das Angebot, gemeinsam nach den Landtagswahlen die jetzige Regierung Börner abzulösen und sich aus der Umarmung der Sozialdemokraten zu lösen. Dieses Angebot gilt auch für den Fall eines absoluten Wahlsieges der Union.

Alfred Dregger ließ erkennen, daß er den Freien Demokraten im Falle einer Koalition zwei wichtige Ressorts in der Regierung überlassen werde. Ohne ihre Grundsatzpositionen in den einzelnen Sachgebieten der hessischen Politik aufzugeben, könnten CDU und FDP eine Zusammenarbeit auf Zeit eingehen.

„Wenn sich jedoch die FDP nicht freimachen kann, wenn sie glaubt, die 33jährige Vorherrschaft der SPD in Hessen um weitere vier Jahre verlängern zu müssen, wenn wir die FDP nicht gewinnen können, dann müssen

wir eben ihre Wähler gewinnen“, sagte Alfred Dregger unter dem großen Beifall der 530 Delegierten.

Zu einigen Sachfragen äußerte sich Alfred Dregger wie folgt:

Die CDU hat nicht die Absicht, bestehende Gesamtschulen aufzulösen, wenn die Eltern sie beizubehalten wünschen. Oberster Grundsatz der Unionspolitik ist und bleibt, daß in erster Linie die Eltern über den Bildungsweg ihrer Kinder bestimmen. Bei dem inzwischen erreichten Zustand des hessischen Schulwesens sollte diese Grundsatzposition der Union in einem Regierungsakt auf Zeit auch von der FDP akzeptiert werden können, meinte Alfred Dregger. Allerdings dürfe diese Bereitschaft zum Kompromiß nicht zur Unschärfe im Profil führen. Der Wähler muß weiterhin wissen, welche Alternativen die Union ihm bietet.

Der Landesvorsitzende erinnerte an die zahlreichen Bündnisse mit der FDP auf kommunaler Ebene nach dem großen Wahlsieg der Union bei den hessischen Gemeindewahlen im März vergangenen Jahres. Für die bevorstehende Landtagswahl hat die hessische FDP eine Koalitionsaussage nach der Niedersachsen-Wahl angekündigt. Offenbar will sie den Ausgang dieser Wahl abwarten und ihn in ihre taktischen Überlegungen für Hessen mit einbeziehen.

Scharf rechnete Alfred Dregger mit den Sozialdemokraten ab. Ihre Politik in den letzten Jahren sei eine einzige Katastrophe. Die Partei befinde sich in einem bejammernswerten Zustand. Auch der Versuch, sie durch den Wechsel Osswald/Börner von der Spitze her zu erneuern, sei zum Scheitern verurteilt. Es werde der SPD in Hessen nicht schaden, wenn sie nach 33 Jahren einmal die Amtsstuben räumen müßte.

Auch der jetzige Ministerpräsident Holger Börner habe die Fehlentscheidungen der Regierung Osswald als Vorsitzender der nordhessischen SPD mitgetragen und mitverantwortet. „Wenn es ihm gelingen sollte, die hessische SPD und deren Landtagsfraktion auf einen Leistungsstand zu bringen, der dem der hessischen CDU entspricht, hätte Herr Börner sich nicht nur um seine Partei, sondern auch um unser Land verdient gemacht“, umriß Alfred Dregger den völlig desolaten und zerrütteten Zustand der hessischen Sozialdemokraten.

Für die CDU nahm Alfred Dregger in Anspruch: „Wir waren in der Opposition der Anwalt der Menschen in der Auseinandersetzung mit den Ideologen.“ Er wiederholte, daß der Helaba-Skandal viele Steuermilliarden gekostet habe und warnte eindringlich davor, die „Entartungserscheinungen“ im Genossenbereich nachzuahmen.

Der Landesvorsitzende stellte zum Schluß kategorisch fest: „Wahltag ist Zahltag. Eine Regierung, die in so unerträglicher Weise die Zukunft unseres Landes vorbelastet hat, muß aus ihrem Amt verschwinden, wenn politische Moral und parlamentarisches System noch ihren Sinn behalten sollen.“

Zu dem Landesparteitag hatte Parteivorsitzender Helmut Kohl telegrafisch herzliche Grüße und Wünsche übermittelt. Darin hieß es: Nach 30 Jahren sozialdemokratischer Vorherrschaft bestehen für die CDU in diesem Jahr gute Aussichten, endlich einen Wandel der hessischen Politik herbeizuführen und auch in Wiesbaden die Landesregierung zu bilden. Von der Wahlentscheidung in Hessen gehen wichtige Signale für die zukünftige politische Entwicklung auch für Bonn aus.

■ BILDUNGSPOLITIK

Bundesregierung versucht eigene Fehler auf die Länder abzuwälzen

Mit dem dem Bundeskabinett vorgelegten „Bericht der Bundesregierung über strukturelle Probleme des föderativen Bildungssystems“ wird nach Meinung des bildungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Anton Pfeifer, der Versuch gemacht, für alle Mängel im Bildungssystem die Länder verantwortlich zu machen.

Die Bundesregierung will hier offensichtlich von den Versäumnissen im eigenen Kompetenzbereich ablenken und vergessen machen, daß als Folge der verfehlten Bildungspolitik der SPD/FDP-Koalition die Priorität für Bildung und Wissenschaft insgesamt verlorengegangen ist und die Zukunftschancen der jungen Generation sich insgesamt in den letzten Jahren verschlechtert haben.

Die mit dem Bericht langfristig beabsichtigte Zentralisierung von Bildungskompetenzen wird keinen Erfolg haben, weil zu offensichtlich ist, daß der Bund im eigenen Kompetenzbereich bisher versagt hat und auch nicht erwartet werden kann, daß in Bundestag und Bundesrat ausreichende Mehrheiten für eine Änderung der Kompetenzenverteilung vorhanden sind. Selbst SPD-geführte Landesregierungen haben ihre Bedenken gegen die Pläne der Bundesregierung bereits zum Ausdruck gebracht.

Statt anderen Vorwürfe zu machen, sollte die Bundesregierung erst einmal den Scherbenhaufen ihrer eigenen Bildungspolitik beseitigen. Der Bundesregierung müssen in ihrer Bildungspolitik insbesondere in folgenden Bereichen Versäumnisse angelastet werden:

- Bei der finanziellen Absicherung ihrer Bildungspolitik.
- Im Bereich der beruflichen Bildung und bei der Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes im dualen System.
- Bei der Reform der Berufs- und Laufbahnstruktur.
- Bei der Schaffung von Alternativen zum Hochschulstudium.
- Bei der individuellen Förderung der Schüler und Studenten (Bundesausbildungsförderung).
- Bei der Förderung der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen.
- Bei der Abstimmung von Bildungswesen und Beschäftigungssystem.

Die Bundesregierung hätte gut daran getan, anstelle dieses Berichtes Rechenschaft über den eigenen Kompetenzbereich abzulegen, die Versäumnisse aufzuarbeiten und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Da nicht zu erwarten ist, daß die Bundesregierung vor der eigenen Tür kehrt, wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Kürze einen Bericht über die Versäumnisse der Bundesregierung in ihrer Bildungspolitik vorlegen.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neue Argumentationskarten

Unsere Meinung

Soziale Marktwirtschaft

**Soziale Marktwirtschaft:
Fundament einer freiheitlichen
und sozialen Gesellschaftsordnung**

Die Soziale Marktwirtschaft ist das zukunftsweisende Konzept einer modernen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie verbindet freie, marktwirtschaftliche Initiative mit gesichertem sozialen Fortschritt. Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard und die Vertreter der christlichen Soziallehren haben die Soziale Marktwirtschaft in der Zeit der Diktatur entworfen. Nach dem Kriege setzte die CDU die Soziale Marktwirtschaft durch — gegen den erbitterten Widerstand der SPD.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung sind seine Grundlagen.

In der Sozialen Marktwirtschaft

- orientieren sich die wirtschaftlichen Entscheidungen im Markt an der Nachfrage, d. h. an den Wünschen der Verbraucher;
- gilt die Freiheit der Berufswahl und der freien Wahl des Arbeitsplatzes;
- gehört Eigentum zu den unverzichtbaren Voraussetzungen der Entfaltung des Menschen;

- gewährleistet eine soziale Ordnung Sicherheit und Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt;
- sichert der Staat den Wettbewerb durch das Festsetzen von Wettbewerbsregeln;
- sorgt der Wettbewerb dafür, daß hochwertige Güter und Dienstleistungen preisgünstig hergestellt werden.

Soziale Marktwirtschaft und freiheitliche Demokratie sind unlösbar miteinander verbunden; beide gründen auf den gleichen Prinzipien, beide leben von der Vielfalt und vom Wettbewerb zwischen Ideen, Angeboten und Programmen. Die Soziale Marktwirtschaft ist damit die Entsprechung zur demokratischen Staatsverfassung und sichert unsere Freiheit.

Leistung und Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft haben die Bürger überrascht und die Welt in Staunen versetzt. Aber kein „Wirtschaftswunder“ war Ursache



Die Veränderung des Formates hat dazu geführt, daß der Text etwas aufgelockert und größer gesetzt werden konnte, so daß die Lesbarkeit deutlich verbessert worden ist. Mit dieser neuen Gestaltung haben wir vielen Anregungen von CDU-Mitgliedern und -Verbänden Rechnung getragen; denn die Argumentationskarten sind — nicht zuletzt beim Straßen-Canvassing — zu einem unverzichtbaren Mittel der Öffentlichkeitsarbeit geworden.

Die Argumentationskarten, die sich bisher im Angebot der Bundesgeschäftsstelle befinden und beim IS-Versandzentrum in Gütersloh zu bestellen sind, werden bei einem Neudruck ebenfalls auf das neue Format 21 x 10 cm umgestellt.

Die Abbildung zeigt die Vorderseite einer neuen Karte. Und dies sind die „neuen acht“ auf einen Blick.

Familienpolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6793

Verteidigungspolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6823

Europapolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6821

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat acht neue Argumentationskarten zu aktuellen politischen Problemen herausgegeben. Neu sind aber nicht nur die Inhalte, sondern auch die Gestaltung.

Bundesrat

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6822

Partnerrente

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6824

Neue Soziale Frage

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6820

Arbeitslosigkeit

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6828

Soziale Marktwirtschaft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 6837

**Wir haben alle Argumentationskarten,
die sich zur Zeit im Angebot befinden,
in einem Satz zusammengefaßt.**

Satz Argumentationskarten

Mindestabnahme: 10 Sätze
Preis: 10,— DM je 10 Sätze
Best.-Nr.: 6000

Neue Broschüren aus der Serie „Zum Thema“

Wer zu bestimmten politischen Themen
mehr wissen will, als die Argumenta-
tionskarten bieten können, der bestellt
sich die entsprechenden Broschüren
aus der Serie „Zum Thema“. In dieser

UiD-Ausgabe stellen wir Ihnen vier neue
Hefte aus der „Zum-Thema“-Serie vor:

„Energiepolitisches Programm der CDU“

Umfang: 24 Seiten
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 38,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 5831

„Die verschleppte Gesetzgebung gegen den Terrorismus“

Umfang: 24 Seiten
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 38,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 5819

„Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft“

Umfang: 12 Seiten
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 27,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 5825

„Die Mißwirtschaft der SPD/FDP“

Umfang: 16 Seiten
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 27,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr.: 5829

Neu:

Dokumentation: Woche der CDU

(Vorgestellt in der UiD-Ausgabe 3)
Einzel Exemplare erhalten Sie kosten-
los von der CDU-Bundesgeschäfts-
stelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit,
Konrad-Adenauer-Haus,
5300 Bonn.

Bestellungen ausschließlich an das IS-Versandzentrum, Postfach 66 66, 4830 Gütersloh 1,
Telex 9 337 753 iserv d. Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungs- und Frachtkosten.
Zuzüglich Mehrwertsteuer. Eilzustellungen müssen gesondert berechnet werden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Nützlich für wen?

Staatsminister Wischniewski meint, seine Reise nach Ost-Berlin sei „nützlich und hilfreich“ gewesen. Die Frage ist: für wen? Die SED-Führung kann befriedigt verbuchen, daß sogleich ein „persönlich Beauftragter“ des Bundeskanzlers herbeieilt und um gut Wetter bittet, wenn die DDR, verunsichert durch eine Zeitungsveröffentlichung, mit Überreaktionen das deutsch-deutsche Verhältnis nachhaltig belastet. Mehr noch: Der Kanzler schickt seinen Wischniewski auch dann, wenn die Zustimmung aus Ost-Berlin hinausgezögert und zudem bedeutet wird, daß ein Empfang durch Honecker nicht in Frage kommt. Weder haben Wischniewskis Gespräche die Wiedereröffnung des „Spiegel“-Büros zur Folge, noch hat die DDR offiziell die Einreiseverweigerung für den Bonner Oppositionsführer zurückgenommen. Von einem „Durchbruch“ zu einer positiven Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen will Wischniewski selber

nicht reden, und konkrete Ergebnisse seiner Gespräche sind nicht zu vermelden. So bleibt die schwache Hoffnung, daß die Aktion wenigstens den Beziehungen der Menschen im geteilten Land nicht geschadet hat. Denn was die SED befriedigt, braucht den Menschen drüben noch lange nicht zu nützen.

Allgemeine Zeitung, 30. Januar 1978

Die geheime Kabinettpolitik des 19. Jahrhunderts war ein vergleichsweise marktschreierisches Unternehmen gegenüber jener Geheimniskrämerei, unter der seit geraumer Zeit innerdeutsche Politik stattfindet: Mal schleichen sich die Fraktionsvorsitzenden der Bonner Koalition nach Ost-Berlin, mal begibt sich der Kanzleramtsminister Wischniewski unter Umständen vor Ort, die einem Indianerspiel nicht unähnlich sind.

Die Bonner Leisetreterei wirkt stets so, als gäbe es irgendwo etwas zu verbergen, und sei es nur ein schlechtes Gewissen. Vor dem Hintergrund der Beschimpfungen, mit denen SED-Funktionär Norden die Mission Wischniewskis begleitete, wirkte sie bald schon wie Unterwürfigkeit.

Stuttgarter Nachrichten, 30. Januar 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD